

## UNO: Weltfrauenkonferenz unter schwierigen Vorzeichen

*Unter dem Motto „Handeln für Gleichheit, Entwicklung und Frieden“ fand vom 4. bis 15. September die Frauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking statt. Mit der verabschiedeten „Aktionsplattform“ sollen nun in den einzelnen Ländern weitere konkrete Schritte zur Förderung der immer noch weltweit fehlenden Gleichberechtigung initiiert werden. Eine detaillierte Analyse des Konferenzverlaufs und der Aktionsplattform folgt im Novemberheft.*

Keine der vier vorangegangenen UN-Weltkonferenzen der letzten drei Jahre war in ihrem Verlauf in dem Maße durch den Veranstaltungsort geprägt wie die vierte Weltfrauenkonferenz vom 4. bis 15. September in Peking. 1990 hatte sich die chinesische Regierung den Vereinten Nationen als Veranstalterin angedient, vor allem mit dem Hintergedanken, die damals bestehende, auf das Tiananmen-Massaker folgende außenpolitische Isolation Chinas zu durchbrechen.

Vor allem aber die zu den UN-Weltkonferenzen mittlerweile fest dazugehörige Parallelveranstaltung der Nichtregierungsorganisationen (NRO) wurde, je näher die Konferenz rückte, mehr und mehr zum Alptraum der Gastgeber. Scheinbar zu spät realisierte man, daß besonders von diesen Gruppen heftige Angriffe wegen Menschenrechtsverletzungen – unter den Opfern sind auch viele Frauen –, den rigiden Familienplanungs- und Euthanasieprogrammen zu erwarten waren. Sicherheitshalber verlegte der Veranstalter das ursprünglich im Pekinger Stadtzentrum geplante Treffen der NRO-Frauen in das 53 Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegende Huairou. Etwa 30 000 Frauen aus aller Welt tagten dort unter teilweise abenteuerlichen Bedingungen. Bis zu deren Abreise kam es zu Zwischenfällen mit den allgegenwärtigen Sicherheitskräften.

Mit der hartnäckigen Weigerung, die universale Geltung der Menschenrechte anzuerkennen und dem stetigen

Lamento, man lasse sich von anderen Ländern keine Werte überstülpen, war der Veranstalter China aber sicherlich ein besonders repräsentatives Symbol: Für die kulturellen, auch religiösen Spannungen und Fronten, die Vielfalt der Interessen und Kontexte, die die Verhandlungen und das Ringen um die Schlußdokumente bei der Weltmenschrechtskonferenz in Wien 1993, erst recht aber bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo und nun auch auf dem Frauengipfel in Peking so schwierig machten.

### Streitpunkt „sexuelle Rechte“

Zu Beginn der Konferenz standen fast noch vierzig Prozent des Textentwurfes für die über 140 seitige „Aktionsplattform“ in Klammern, bei den Vorkonferenzen war zu diesen Formulierungen keine Einigung erzielt worden. Wegen Meinungsverschiedenheiten über Erbrechte für Mädchen und Frauen, unbezahlte Arbeit und „sexuelle Orientierung“ verschob sich die früher geplante Verabschiedung des Dokumentes auf den letzten Konferenztag. Obgleich alle Delegationen der 189 Teilnehmerstaaten sowohl der „Aktionsplattform“ als auch dem Abschlußdokument der Konferenz, der sogenannten „Pekinger Erklärung“ zugestimmt haben, gaben doch einige Einwände zu Protokoll. Auch die Delegation des Vatikans monierte, die Pekinger Erklärung könne als Unter-

stützung von Homosexualität und Abtreibung verstanden werden, der Text sei von übertriebenem Individualismus geprägt, der grundlegenden Bestimmungen der Internationalen Menschenrechtserklärung entgegenstehe. Insgesamt bestand die Befürchtung, die Pekinger Aktionsplattform könnte hinter bereits Erreichtes der vorangegangenen UNO-Konferenzen zurückfallen, vor allem hinter die Formulierungen der Wiener Weltmenschrechtskonferenz. Drei Tage vor Ende der Konferenz jedoch wurde in Peking eine Kompromißformulierung in der Frage der Menschenrechte gefunden, die deren universelle Geltung und Unteilbarkeit nicht relativiert.

Bis zuletzt strittig aber waren besonders die Passagen, die die „sexuellen Rechte“ betrafen. In dem Paragraphen zur Sexualität ist nun jedoch festgeschrieben, daß Frauen das Recht haben, ohne Zwang selbst über ihre Sexualität zu entscheiden.

Bereits im Vorfeld, erst recht jedoch in Peking hatte der Vatikan häufig zusammen mit einigen latein-amerikanischen, aber auch islamisch geprägten Staaten deutliche Kritik an dem Entwurf geübt: Die Einwände betrafen Formulierungen zur Empfängnisverhütung und Abtreibung, Aussagen, die die Billigung vorehelichen Geschlechtsverkehrs oder gleichgeschlechtlicher Beziehungen suggerieren könnten, die Sexuaufklärung von Kindern und eine Passage, die die Bedeutung der Religion im Leben der Frauen beschreiben sollte. Während der Konferenz intervenierte die vatikanische Delegation vor allem gegen eine befürchtete Minder- oder gar Abwertung von Familie und Mutterschaft, deren einseitige Darstellung als Last und Behinderung.

In ihrer Rede vor der Konferenz verurteilte die Leiterin der vatikanischen Delegation, die Harvard-Professorin *Mary Ann Glendon*, jede Benachteiligung von Frauen, vor allem aber die vielfältigen Formen der Gewalt gegen sie (Wortlaut in OR, 6.9.95). Besonderes Augenmerk richtete Glendon dabei auf Bildung und Erziehung als dem

Schlüssel zu Emanzipation und Gleichberechtigung. Ausdrücklich wandte sie sich, unter anderem mit dem Verweis auf den Brief des Papstes an die Frauen im Juli dieses Jahres (vgl. HK, August 1995, 447f.), gegen Fehlinterpretationen der vatikanischen Position. Glendon betonte die Bedeutung „verantworteter Elternschaft“ und wandte gegen die Aktionsplattform ein, die Gefahren, die aus sexueller Promiskuität, einer hedonistischen Grundhaltung und der Anwendung von Verhütungsmitteln entstünden, würden unterschätzt.

## Konkrete Schritte gefragt

Besonders die Generalsekretärin der Konferenz, *Gertrude Mongella*, früher Ministerin verschiedener Ressorts in Tansania, hatte im Vorfeld unermüdlich betont, in Peking müsse es nun um konkrete Schritte gehen; die allgemeinen Forderungen nach Gleichberechtigung der Frau hätten bereits die Vorgängerkonferenzen – in Mexico City 1975, in Kopenhagen 1980 und Nairobi 1985 – formuliert. Wie wenig diese Forderungen erfüllt wurden und wie dringlich konkrete Schritte sind, dokumentierte beispielsweise der Mitte August veröffentlichte, sechste „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Das Autorenteam hatte diesen Bericht ganz auf die Weltfrauenkonferenz ausgerichtet; die Bestandsaufnahme und Analyse der Fortschritte bei der Verringerung des Abstandes zwischen den Geschlechtern sollten die harten „facts“ für die Diskussion liefern.

Zu diesem besonderen Zweck wurde der „Index für die menschliche Entwicklung“ (HDI), zentrales Element der bisherigen UNDP-Berichte (vgl. HK, Juli 1993, 334ff.), in dem eine Rangfolge von in diesem Jahr 174 Ländern nach Faktoren wie Lebenserwartung, Bildungsniveau und Kaufkraft vorgenommen wird, modifiziert bzw. ergänzt um zwei *geschlechtsbezogene Indizes*: Der „Geschlechtsbezogene

Entwicklungsindex“ (Gender related Development Index, GDI) mißt die gleichen grundlegenden menschlichen Fähigkeiten wie der HDI, berücksichtigt jedoch die Ungleichheit in der Verteilung zwischen Männern und Frauen. Das „Maß für die Ermächtigung der Geschlechter“ (Gender Empowerment Measure, GEM) untersucht, ob Frauen und Männer die Chance haben, aktiv am wirtschaftlichen und politischen Leben mitzuwirken.

Während beim HDI Kanada, die Vereinigten Staaten und Japan an der Spitze stehen, besetzen beim GDI Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark die obersten Ränge in der Reihenfolge der 130 Länder, für die vergleichbare Daten zur Alphabetisierung, Lebenserwartung und wirtschaftlichen Stellung zur Verfügung standen. Unter den Entwicklungsländern stehen Barbados mit dem elften, Hongkong mit dem 17., Bahamas mit dem 26., Singapur mit dem 28. und Uruguay mit dem 32. Rang an der Spitze.

Beim Vergleich von 116 Ländern bezüglich der Vertretung von Frauen in den Parlamenten, ihrer Beteiligung an Management oder leitenden Positionen, ihrer Teilhabe am Volkseinkommen, dem GEM-Index also, liegen wiederum Schweden und Norwegen vorne. Als einzige hätten sie die entscheidende Schwelle einer dreißigprozentigen Mitwirkung von Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung ihrer Länder überschritten.

Beträchtliche Fortschritte zur Überwindung der Kluft zwischen Männern und Frauen attestieren die UNDP-Autoren den Entwicklungsländern im *Bildungsbereich*: So hätten beispielsweise die arabischen Staaten im Zeitraum von 1970 bis 1990 dafür gesorgt, daß heute mehr als doppelt so viele Frauen lesen und schreiben können. Erfolge ließen sich auch im Gesundheitsbereich dokumentieren, etwa, daß die Lebenserwartung der Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten um 20 Prozent schneller gestiegen sei als die der Männer. Hohe Fertilitätsraten, die die

Fähigkeiten der Frauen, ihr Leben selbst zu bestimmen massiv eingeschränkten, seien um ein Drittel gefallen, die Müttersterblichkeit um nahezu die Hälfte gesunken.

Dagegen fällt die Erfolgsbilanz bezüglich der Partizipation der Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben deutlich schlechter aus: Weiterhin besetzten Frauen weniger als ein Siebtel aller leitenden Verwaltungs- und Managementpositionen in den Entwicklungsländern. Dieser Anteil entspräche allerdings auch dem in Frankreich, Japan, Luxemburg und Spanien. 70 Prozent der 1,3 Milliarden Menschen, die heute in Armut lebten, seien Frauen. Weltweit hätten sie im Durchschnitt lediglich 10 Prozent aller Sitze in den Parlamenten und gesetzgebenden Körperschaften und sechs Prozent der Kabinettsposten inne.

Gewalt ist, so die Autoren, nach wie vor eine Hauptbedrohung im Leben der Frauen. Ein Drittel der Frauen in Barbados, Kanada, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen und den Vereinigten Staaten hätten angegeben, in ihrer Kindheit oder Jugend sexuell mißbraucht worden zu sein. Schätzungsweise eine Million Kinder, davon der Großteil Mädchen, würden jährlich zur Prostitution gezwungen. Etwa 100 Millionen Mädchen würden Opfer einer Verstümmelung ihrer Genitalien. Das Thema der vielfachen Gewalt gegen Frauen stand auch in Peking im Zentrum der Aufmerksamkeit der 5000 Delegierten.

## Weltweit arbeiten Frauen durchschnittlich länger

Ein besonderes Augenmerk richteten die Autoren des UN-Entwicklungsberichtes auf das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die von Frauen und Männern verrichtet wird, besonders auf die Unterbewertung der Arbeit der Frauen. Jährlich fehlten in den Weltwirtschaftsstatistiken ein Betrag von 16 Billionen Dollar, der Wert der von Männern und Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit. Der „unsichtbare“ Beitrag der Frauen mache dabei allein

schon elf Billionen aus. Da Frauen in praktisch allen Ländern der Welt am Tag länger arbeiteten als die Männer, wäre es bei einer korrekten Bewertung der von Frauen geleisteten Arbeit durchaus denkbar, daß diese sich in den meisten Gesellschaften als die eigentlichen Hauptverdiener herausstellten.

Sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industriestaaten erhielten jedoch die Männer den Löwenanteil der Einkommen und der Anerkennung, der größte Teil der Arbeit der Frauen bleibe unbezahlt und ohne Anerkennung. Von der gesamten Last bezahlter und unbezahlter Arbeit trügen Frauen in den Entwicklungsländern durchschnittlich 53 Prozent, in den Industrienationen 51 Prozent

Die Lösungsstrategie, die das internationale Expertenteam des UNDP vorschlug – alle diese Punkte finden sich auch in der Pekinger Aktionsplattform wieder –, umfaßt die Beseitigung der gravierenden rechtlichen Diskriminierungen, die Änderung sozialer und institutioneller Normen, um Frauen und Männern in der Arbeitswelt mehr Alternativen zu bieten und die der Aus-

weitung von Schlüsselprogrammen, die allen Frauen Bildungschancen, eine bessere „Reproduktivgesundheit“ und besseren Zugang zu Krediten verschaffen.

„In die Fähigkeiten der Frau zu investieren und sie in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbst zu bestimmen, ist nicht nur nützlich an sich, sondern auch der sicherste Weg zu wirtschaftlichem Wachstum und umfassender Entwicklung“, lautete die zentrale Forderung des Mitte August veröffentlichten *Weltbevölkerungsberichtes*, der ebenfalls ganz im Zeichen von Peking stand, sich in seiner Analyse aber auf die zentralen Punkte des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (vgl. HK, November 1994, 555 ff.) konzentriert.

Der Weltbevölkerungsbericht aber unterstrich noch einmal die Dringlichkeit eines anderen, in Peking diskutierten Themas: Jährlich sterben etwa 500 000 Frauen aufgrund von Komplikationen bei Schwangerschaft oder Geburt – die meisten dieser Todesfälle könnten vermieden werden. Eine der größten Bedrohungen der Gesundheit von Frauen

liege in unsachgemäß vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche wird weltweit auf mehr als 40 Millionen jährlich geschätzt, die Hälfte davon erfolge nicht sachgemäß. Rund 350 Millionen Paare weltweit hätten keinen Zugang zu moderner Familienplanung. Ein Drittel von diesen würde jedoch Familienplanung betreiben, stünden ihnen moderne Methoden zur Verfügung. Erneut hatten auch die Autoren des UN-Bevölkerungsfonds bekräftigt, daß Bildung und Gesundheit Schlüsselvoraussetzungen für soziale und wirtschaftliche Verbesserungen und eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung sind.

Auch wenn die in Peking nun verabschiedete „Aktionsplattform“ kein völkerrechtlich verbindliches Dokument ist, hat sie doch die wichtigen Schritte festgeschrieben, die in den nächsten Jahren unverzichtbar sind, soll der in unzähligen Berichten dokumentierten Mißachtung der Rechte der Frauen Einhalt geboten, Gleichberechtigung und Besserstellung der Frauen in der ganzen Welt erreicht werden. A. F.

## Von der Wirklichkeit eingeholt

Frankreichs neue Führung manövriert sich in eine schwierige Lage

*Auch Monate nach Amtsantritt fällt es der neuen französischen Führung schwer, Tritt zu fassen. Innenpolitisch erweist sich manches als komplizierter als zunächst angenommen. Außenpolitisch erlebt sie wegen den Atomtests im Südpazifik ein beispielloseres Debakel mit noch nicht absehbaren Folgen.*

Wenn bei Inhabern politischer Ämter 100 Tage nach ihrem Amtsantritt eine erste Bilanz des Erreichten bzw. Nichterreichten gezogen wird, wundert man sich zuweilen, daß bereits drei Monate vergangen sein sollen. Mit dem Amt verbindet sich immer noch eher der Name des Vorgängers; der neue Amtsinhaber hat Mühe, aus dessen Schatten herauszutreten. Eine eigene politische Handschrift ist nur schwer erkennbar.

Bei Frankreichs Staatspräsident *Jacques Chirac* ist das anders. Nicht als wäre sein Amtsvorgänger, der schwerkranke *François Mitterrand*, bereits aus dem politischen Gedächtnis der französischen Nation verschwunden. Aber das schon vor

Jahren einsetzende Gefühl vom bevorstehenden Ende einer 14 Jahre dauernden Präsidentschaft Mitterrand (vgl. HK, Januar 1992, 15 ff.) hatten einen Wechsel in allen politischen Lagern schlicht als überfällig erscheinen lassen. Die gesundheitliche Verfassung Mitterrands ließ gar die Frage aufkommen, ob dieser seine Amtszeit überhaupt noch bis zu ihrem gesetzlichen Ende werde durchstehen können. Diesem Umstand verdankte es Chirac, daß er bereits wenige Tage früher, am 17. Mai, sein neues Amt antreten konnte.

Selten wurde ein neuer Präsident so übergangslos mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Erst wenige Wochen im Amt, erhielten Chirac und sein Premierminister *Alain*